



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Daniel Artmann, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Thorsten Freudenberger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Melanie Huml, Andreas Jäckel, Helmut Schnotz, Martin Stock CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/5101, 19/5903

Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen IV: Präventionsarbeit gegen Islamismus weiter ausbauen

Der Landtag stellt fest, dass die Staatsregierung mit dem Bayerischen Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus bereits hervorragende Rahmenbedingungen schafft, um gegen islamistische Bestrebungen vorzugehen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Präventionsarbeit vor allem im Bereich der sozialen Medien im Rahmen verfügbarer Stellen und Mittel noch weiter auszubauen.

Gleichzeitig wird die Staatsregierung aufgefordert, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass endlich die nötigen Rechtsgrundlagen für die Sicherheitsbehörden geschaffen werden, um Extremisten im Internet effektiv aufzuspüren und zu bestrafen. Die allgemeine und unterschiedslose Speicherung von IP-Adressen für einen begrenzten Zeitraum, die der EuGH insbesondere zur Verfolgung internetbezogener Straftaten ausdrücklich erlaubt, muss für die Ermittlungsbehörden zur Kriminalitätsbekämpfung sowie für die Nachrichtendienste zur frühzeitigen Identifizierung terroristischer Bedrohungen und anderer elementarer Gefahren für den freiheitlichen demokratischen Rechtsstaat vorgesehen werden.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident